

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2064
des Abgeordneten Daniel Münschke (AfD-Fraktion)
Drucksache 7/5654

Entwicklungen bei der Grunderwerbsteuer im Land Brandenburg

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin der Finanzen und für Europa die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie hat sich das kassenwirksame Gesamtsteueraufkommen aus der Grunderwerbsteuer im Land Brandenburg in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte aufschlüsseln nach Jahren)?

zu Frage 1: Es wird auf Anlage 1 verwiesen.

Frage 2: Wie verteilt sich das o. g. Gesamtsteueraufkommen im Berichtszeitraum auf die einzelnen Finanzämter (bitte zusätzlich aufschlüsseln nach absoluten Zahlen sowie relativem Anteil am jährlichen Gesamtaufkommen und relativer Veränderung zum Vorjahr)?

zu Frage 2: Die Bearbeitung von Grunderwerbsteuervorgängen erfolgt in Brandenburg zentralisiert und wird seit dem Jahr 2010 von den Finanzämtern Calau, Eberswalde und Kyritz übernommen. Zum 1. März 2021 wechselte die Zuständigkeit des Finanzamts Eberswalde zum Finanzamt Angermünde. Entsprechend verteilt sich das Grundsteueraufkommen im Jahr 2021 übergangsweise auf vier Finanzämter. Die teilweise auftretenden Grunderwerbsteuerbuchungen der übrigen Finanzämter sind rein technischer Natur und beispielsweise auf Einzahlungen beim unzuständigen Finanzamt zurückzuführen.

Im Übrigen wird auf die Anlage 2 verwiesen.

Frage 3: Wie hat sich im genannten Berichtszeitraum der Steuersatz der Grunderwerbsteuer im Land Brandenburg entwickelt?

zu Frage 3: Für Rechtsvorgänge, die im Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 30. Juni 2015 verwirklicht wurden und sich auf im Land Brandenburg belegene Grundstücke beziehen, gilt ein Steuersatz von 5 %. Seit 1. Juli 2015 beträgt der Steuersatz 6,5 %.

Frage 4: Wie hoch war im Berichtszeitraum jeweils der Anteil des Aufkommens der Grunderwerbsteuer, gemessen am Gesamtsteueraufkommen im Land Brandenburg sowie im Vergleich zu den übrigen Steuerarten bzw. deren Landesanteilen (bitte aufschlüsseln nach Jahren sowie relativen Veränderungen zum Vorjahr)?

zu Frage 4: Es wird auf Anlage 1 verwiesen.

Eingegangen: 06.07.2022 / Ausgegeben: 11.07.2022

Frage 5: Wie haben sich im Berichtszeitraum die kassenwirksamen Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer

- a) in wie vielen Fällen aufgrund des Erwerbs kraft Gesetzes (§ 13 Nr. 2 GrEStG),
- b) in wie vielen Fällen aufgrund des Erwerbs im Enteignungsverfahren (§ 13 Nr. 3 GrEStG),
- c) in wie vielen Fällen aufgrund des Erwerbs beim Meistgebot in Zwangsversteigerungsverfahren (§ 13 Nr. 4 GrEStG) entwickelt (bitte aufschlüsseln wie in Frage 2)?

zu Frage 5: Die Fragen 5a) - 5c) werden zusammen beantwortet.

Die statistische Erfassung der Fallzahlen und Einnahmen (Festsetzungssoll) erfolgt nach den Besteuerungstatbeständen in § 1 GrEStG, nicht nach den Steuerschuldern i. S. d. § 13 GrEStG. Sowohl bei Erwerben kraft Gesetzes (Frage 5a) als auch bei Erwerben im Enteignungsverfahren (Frage 5b) handelt es sich um Erwerbsvorgänge nach § 1 Absatz 1 Nummer 3 GrEStG. Neben der Besteuerung des Übergangs des Eigentums kraft Gesetzes werden sämtliche Eigentumsübertragungen von Grundstücken durch behördlichen oder gerichtlichen Ausspruch von § 1 Absatz 1 Nummer 3 GrEStG umfasst und können nur in der Gesamtheit abgebildet werden.

Die Frage zu 5c) betrifft den Besteuerungstatbestand des § 1 Absatz 1 Nummer 4 GrEStG.

Im Übrigen wird auf Anlage 3 verwiesen.

Frage 6: In welchem Verfahren und mit welchen Abläufen einschließlich des Controllings wird im Land Brandenburg die gesetzliche Anzeigepflicht nach § 18 GrEStG umgesetzt und hier insbesondere die Einhaltung der zweiwöchigen Frist des Abs. 3 der Norm?

zu Frage 6: Verfahren und Abläufe zur Umsetzung der gesetzlichen Anzeigepflicht finden sich bereits im Gesetz selbst, so dass insoweit auf § 18 GrEStG, insb. auf Absatz 1 Satz 2, Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4, verwiesen wird.

Im Übrigen betrifft die Anzeigepflicht nach § 18 GrEStG Gerichte, Behörden und Notare und damit einen vielseitigen Adressatenkreis. Die weiteren Verfahren und Abläufe zu ihrer Umsetzung und Kontrolle sind daher geschäftsbereichsspezifisch ausgestaltet.

Auf Seiten der Finanzverwaltung als Empfängerin der Anzeigen findet mit den Adressaten des § 18 GrEStG ein anlassbezogener, laufender Austausch zur Einhaltung der Meldepflichten statt. Hiervon betroffen sind sowohl der Umfang der Anzeigepflichten als auch Form- und Fristvorgaben für die Anzeige. Der Austausch geschieht teilweise auch unter Mitwirkung des Bundesfinanzministeriums, welches beispielsweise an die Bundesnotarkammer herantritt. Das Controlling in der Finanzverwaltung dient hingegen nicht der Kontrolle von Anzeigepflichten, sondern der Erfassung und Steuerung geschäftsbereichsinterner Arbeitsprozesse.

Die Umsetzung der gesetzlichen Anzeigepflicht der Gerichte erfolgt nach amtlich vorgegebenen Vordrucken, die für die Gerichte in das Gerichtsautomationsprogramm forumSTAR integriert sind. Die Vorgaben des § 18 GrEStG finden sich detailliert zudem in der für Gerichte verbindlichen Allgemeinverfügung Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi) vom 13. Mai 1998 wieder. Der Vollzug der Anzeigepflicht durch die Gerichte wird im Rahmen der regelmäßigen Geschäftsprüfung kontrolliert.

Die brandenburgischen Notare sind für die Einhaltung der Anzeigepflichten nach § 18 GrEStG selbst verantwortlich. Sie haben organisatorische Vorkehrungen zu treffen, dass diese Pflichten - einschließlich der Fristvorgabe von zwei Wochen - in jedem einzelnen Fall eingehalten werden. Im Übrigen wird die Einhaltung der Anzeigepflichten im Rahmen der regelmäßigen Geschäftsprüfungen durch die Präsidenten der Landgerichte nach § 93 der Bundesnotarordnung überwacht.

Aufgrund der Vielgestaltigkeit der brandenburgischen Behörden lassen sich weder ein allgemeingültiges noch jedes spezifische Verfahren aller Behörden abschließend aufzählen. Exemplarisch wird das Verfahren der Flurbereinigungsbehörde dargestellt. Diese hat über Entscheidungen, durch die ein Wechsel im Grundstückseigentum bewirkt wird, dem zuständigen Finanzamt Anzeige zu erstatten und zwar auch dann, wenn der Rechtsvorgang von der Besteuerung ausgenommen ist. Unmittelbar nach dem Erlass der Ausführungsanordnung (§§ 61 bzw. 63 FlurbG) erhält das Finanzamt für jede einzelne Ordnungsnummer, d. h. Buchungseinheit für die Eigentümer im Flurbereinigungsverfahren, den Auszug aus dem Flurbereinigungsplan in zweifacher Ausfertigung zur Erteilung der Unbedenklichkeitsbescheinigung als Voraussetzung für die Berichtigung der Grundbücher.

Frage 7: Laut Antwort 3 der Drucksache 7/5635 ist das Bundesministerium der Finanzen mit den Ländern in einen ersten Meinungsaustausch zur weiteren Ausgestaltung der Grunderwerbsteuer getreten. Welche Positionen vertritt im Zuge dieses Meinungsaustausches die Landesregierung in Bezug auf die weitere Ausgestaltung der Grunderwerbsteuer generell und im Speziellen für das Land Brandenburg?

zu Frage 7: Die diesbezügliche Meinungsbildung ist innerhalb der Landesregierung noch nicht abgeschlossen.

Anlage/n:

1. Anlage 1
2. Anlage 2
3. Anlage 3

Anlage 1: Entwicklung des GrEST-Aufkommens im Land Brandenburg (Fragen 1 und 4)

Jahr	GrEST-Aufkommen	Relative Veränderung zum Vorjahr	Landessteuern (gesamt)	GrEST-Anteil am Aufkommen Landessteuern	Relative Veränderung des GrEST-Anteils zum Vorjahr	Landesanteil an Gemeinschaftsteuern (gesamt)	GrEST-Aufkommen im Verhältnis zum Aufkommen Gemeinschaftsteuern (Landesanteil)	Relative Veränderung des Verhältnisses zum Vorjahr	Gesamtsteuer-aufkommen	GrEST-Anteil am Gesamtsteuer-aufkommen	Relative Veränderung des GrEST-Anteils zum Vorjahr
2012	150.553.084,85 €	1,77%	227.790.063,36 €	66,09%	0,22%	5.559.536.122,22 €	2,71%	-3,22%	5.787.326.185,58 €	2,60%	-3,08%
2013	172.109.317,60 €	14,32%	257.431.182,85 €	66,86%	1,16%	5.944.344.022,62 €	2,90%	6,92%	6.201.775.205,47 €	2,78%	6,68%
2014	178.988.720,64 €	4,00%	269.024.141,26 €	66,53%	-0,48%	5.873.443.190,78 €	3,05%	5,25%	6.142.467.332,04 €	2,91%	5,00%
2015	276.581.331,47 €	54,52%	376.580.770,05 €	73,45%	10,39%	6.304.805.179,85 €	4,39%	43,95%	6.681.385.949,90 €	4,14%	42,06%
2016	315.915.044,64 €	14,22%	415.968.268,14 €	75,95%	3,41%	6.803.447.386,77 €	4,64%	5,85%	7.219.415.654,91 €	4,38%	5,71%
2017	385.108.764,03 €	21,90%	503.896.755,52 €	76,43%	0,63%	7.105.792.077,26 €	5,42%	16,72%	7.609.688.832,78 €	5,06%	15,65%
2018	410.228.782,80 €	6,52%	528.141.849,93 €	77,67%	1,63%	7.625.319.148,19 €	5,38%	-0,73%	8.153.460.998,12 €	5,03%	-0,58%
2019	451.880.890,15 €	10,15%	569.751.385,57 €	79,31%	2,11%	7.760.796.132,74 €	5,82%	8,23%	8.330.547.518,31 €	5,42%	7,81%
2020	499.116.329,33 €	10,45%	630.066.436,32 €	79,22%	-0,12%	7.566.275.354,23 €	6,60%	13,29%	8.196.341.790,55 €	6,09%	12,26%
2021	589.549.275,64 €	18,12%	733.145.143,19 €	80,41%	1,51%	8.732.344.355,31 €	6,75%	2,35%	9.465.489.498,50 €	6,23%	2,28%

Anlage 2: Verteilung des GrEst-Aufkommens auf die einzelnen Finanzämter (Frage 2)

	2012			2013			2014		
	GrEst-Aufkommen	Anteil	Relative Veränderung zum Vorjahr	GrEst-Aufkommen	Anteil	Relative Veränderung zum Vorjahr	GrEst-Aufkommen	Anteil	Relative Veränderung zum Vorjahr
Land	150.553.084,85 €		1,77%	172.109.317,60 €		14,32%	178.988.720,64 €		4,00%
FA Angermünde	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Brandenburg	-2.008,00 €	0,00%	-199,99%	0,00 €	0,00%	-100,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Calau	32.634.163,72 €	21,68%	-13,26%	47.251.248,39 €	27,45%	44,79%	43.629.501,58 €	24,38%	-7,66%
FA Cottbus	0,00 €	0,00%	-100,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Eberswalde	38.647.855,00 €	25,67%	-6,45%	38.029.523,85 €	22,10%	-1,60%	45.095.381,58 €	25,19%	18,58%
FA Frankfurt (Oder)	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Königs Wusterhausen	0,00 €	0,00%	-100,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Kyritz	79.271.196,23 €	52,65%	14,88%	86.828.690,36 €	50,45%	9,53%	90.263.837,48 €	50,43%	3,96%
FA Luckenwalde	145,00 €	0,00%	0,00%	-145,00 €	0,00%	-200,00%	0,00 €	0,00%	-100,00%
FA Nauen	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Oranienburg	52,90 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	-100,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Potsdam	1.680,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	-100,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Strausberg	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%

	2015			2016			2017		
	GrEst-Aufkommen	Anteil	Relative Veränderung zum Vorjahr	GrEst-Aufkommen	Anteil	Relative Veränderung zum Vorjahr	GrEst-Aufkommen	Anteil	Relative Veränderung zum Vorjahr
Land	276.581.331,47 €		54,52%	315.915.044,64 €		14,22%	385.108.764,03 €		21,90%
FA Angermünde	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Brandenburg	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Calau	68.837.549,83 €	24,89%	57,78%	68.594.446,48 €	21,71%	-0,35%	90.719.999,37 €	23,56%	32,26%
FA Cottbus	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Eberswalde	72.862.139,19 €	26,34%	61,57%	70.808.674,60 €	22,41%	-2,82%	98.822.098,55 €	25,66%	39,56%
FA Frankfurt (Oder)	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Königs Wusterhausen	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Kyritz	134.881.642,45 €	48,77%	49,43%	176.511.862,41 €	55,87%	30,86%	195.566.727,26 €	50,78%	10,80%
FA Luckenwalde	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Nauen	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Oranienburg	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Potsdam	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Strausberg	0,00 €	0,00%	0,00%	61,15 €	0,00%	0,00%	-61,15 €	0,00%	-200,00%

Anlage 2: Verteilung des GrEst-Aufkommens auf die einzelnen Finanzämter (Frage 2)

	2018			2019			2020		
	GrEst-Aufkommen	Anteil	Relative Veränderung zum Vorjahr	GrEst-Aufkommen	Anteil	Relative Veränderung zum Vorjahr	GrEst-Aufkommen	Anteil	Relative Veränderung zum Vorjahr
Land	410.228.782,80 €		6,52%	451.880.890,15 €		10,15%	499.116.329,33 €		10,45%
FA Angermünde	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Brandenburg	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Calau	92.367.475,69 €	22,52%	1,82%	128.767.933,02 €	28,50%	39,41%	150.272.818,64 €	30,11%	16,70%
FA Cottbus	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Eberswalde	100.712.243,43 €	24,55%	1,91%	113.811.847,94 €	25,19%	13,01%	124.281.103,03 €	24,90%	9,20%
FA Frankfurt (Oder)	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Königs Wusterhausen	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Kyritz	217.149.063,68 €	52,93%	11,04%	209.301.109,19 €	46,32%	-3,61%	224.562.407,66 €	44,99%	7,29%
FA Luckenwalde	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Nauen	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Oranienburg	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Potsdam	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Strausberg	0,00 €	0,00%	-100,00%	0,00 €	0,00%	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00%

	2021		
	GrEst-Aufkommen	Anteil	Relative Veränderung zum Vorjahr
Land	589.549.275,64 €		18,12%
FA Angermünde	147.219.856,82 €	24,97%	0,00%
FA Brandenburg	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Calau	155.244.705,10 €	26,33%	3,31%
FA Cottbus	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Eberswalde	23.410.379,56 €	3,97%	-81,16%
FA Frankfurt (Oder)	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Königs Wusterhausen	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Kyritz	263.674.334,16 €	44,72%	17,42%
FA Luckenwalde	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Nauen	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Oranienburg	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Potsdam	0,00 €	0,00%	0,00%
FA Strausberg	0,00 €	0,00%	0,00%

Anlage 3: Verteilung des GrEST-Festsetzungssolls auf Erwerbsvorgänge nach § 1 Absatz 1 Nummern 3 und 4 GrESTG (Frage 5)

Jahr	GrEST-Festsetzungssoll nach § 1 Absatz 1 Nummer 3 GrESTG	Fälle nach § 1 Absatz 1 Nummer 3 GrESTG	Anteil am GrEST-Festsetzungssoll	Relative Veränderung zum Vorjahr	GrEST-Festsetzungssoll nach § 1 Absatz 1 Nummer 4 GrESTG	Fälle nach § 1 Absatz 1 Nummer 4 GrESTG	Anteil am GrEST-Festsetzungssoll	Relative Veränderung zum Vorjahr
2012					3.964.837,00 €	1.122	2,54%	0,19%
2013					4.045.154,00 €	984	2,25%	2,03%
2014					3.235.919,00 €	783	1,83%	-20,01%
2015	905.541,00 €	1.270	0,30%		3.712.592,00 €	819	1,24%	14,73%
2016	672.428,00 €	3.011	0,22%	-25,74%	4.367.774,00 €	696	1,42%	17,65%
2017	2.002.596,00 €	1.530	0,50%	197,82%	3.491.941,00 €	655	0,87%	-20,05%
2018	1.508.822,00 €	1.311	0,37%	-24,66%	2.984.596,00 €	530	0,74%	-14,53%
2019	1.080.005,00 €	1.145	0,23%	-28,42%	2.763.090,00 €	401	0,59%	-7,42%
2020	1.174.763,00 €	1.137	0,24%	8,77%	1.615.194,00 €	305	0,33%	-41,54%
2021	1.975.014,00 €	1.445	0,33%	68,12%	3.559.672,00 €	323	0,59%	120,39%